

suche der Feinde, mit Sabotage-, Spionage- und Agententätigkeit den friedlichen Aufbau zu stören, zuschanden machen.

Die Regierung hat ein Gesetzgebungswerk geschaffen, das als das fortschrittlichste und kühnste Gesetzgebungswerk der deutschen Geschichte zu bezeichnen ist. Wie Ministerpräsident Grotewohl in seinem großen Rechenschaftsbericht vor den Bergarbeitern in Sömmerda ausführte, standen im Mittelpunkt der gesetzgeberischen Tätigkeit der Regierung der Mensch und die menschliche Arbeitskraft. Das beweisen schon die Namen der wichtigsten Gesetze: „Landarbeiterschutzgesetz“, „Jugendgesetz“, „Kulturverordnung“, „Arbeitsgesetz“, „Gesetz zur Förderung des Handwerks“, „Verordnung zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter“, „Umsiedlergesetz“, das „Gesetz über den Schutz von Mutter und Kind und über die Rechte der Frau“.

In seiner Rede anlässlich des Befreiungstages kennzeichnete Ministerpräsident Grotewohl das Gesetzgebungswerk der jungen Republik folgendermaßen: „Wir sind kein Staat der reichen und privilegierten Schichten, wir sind ein Staat der werktätigen Bevölkerung. Deshalb dienen alle Gesetze der Regierung dem Wohl und der Verbesserung der Lebenslage des arbeitenden Menschen.“

Aus dem Wesen und dem Charakter der Deutschen Demokratischen Republik erklärt es sich, daß ihre Regierung das für sich in Anspruch nehmen kann, was bisher noch keine Regierung in Deutschland für sich in Anspruch nehmen konnte, daß nämlich keines der seit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik erlassenen Gesetze im Widerspruch zu den Interessen der breiten Masse der Bevölkerung steht.

Aus der Fülle der sonstigen erfolgreichen Arbeit der Regierung im Verlaufe eines Jahres seien nur folgende Tatsachen angeführt:

Der Zwei-jahrplan wurde in eineinhalb Jahren erfüllt; die vorgesehene Höhe der Hektarerträge wurde übertroffen; die Löhne wurden insgesamt nicht nur um 15 %, sondern bis zu 30 % erhöht; die Produktionskapazität der volkseigenen Betriebe steigerte sich auf 68 % der gesamten Produktion; die Rentabilität dieser Betriebe wurde verbessert; durch den Ausbau eines Vertragssystems mit den privaten Betrieben, insbesondere auch den Handwerksbetrieben, wurde der Umsatz dieser Betriebe gesteigert und die Initiative der privaten Unternehmer für die Erfüllung des Zweijahrplans nutzbringend eingesetzt; die HO konnte mehrmals erhebliche Preissenkungen durchführen; die Zuteilungen an Fleisch und Fett wurden ab 1. September 1950 um je 450 Gramm erhöht; die Alters- und Invalidenrenten wie auch die Witwen- und Waisenrenten wurden um 10 DM monatlich erhöht. Durch die großzügige Hilfe für die Umsiedler, denen zinslose Kredite für den Bau von Wohnhäusern usw. gegeben wurden, hat die Regierung ihr Versprechen eingelöst, mit dem sie die weitere Eingliederung der Umsiedler in das normale Leben als eine ihrer moralischen Verpflichtungen bezeichnet hatte. Für die Förderung der Schul- und Berufsausbildung, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz, für die Heranbildung eines wissenschaftlichen Nachwuchses, sowie für die Entfaltung einer weiteren Kulturarbeit auf dem Lande wurden von der Regierung finanzielle Mittel in einem Umfange zur Verfügung gestellt, wie das in Deutschland noch nie der Fall gewesen war.

#### Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens

Mit besonderer Verantwortung und Liebe hat die Regierung die Jugend gefördert. Allein im Jahre 1950 werden nach den Beschlüssen des Ministerrates 95 000 neue Lehrplätze geschaffen; davon sind bis zum Herbst von den volkseigenen Industriebetrieben 75 000 Plätze zu stellen. In der Republik lernt und studiert die Jugend mit der Gewißheit, daß sie nach Abschluß ihrer Lehr- und Studienjahre sofort einen sicheren Arbeitsplatz findet. Dagegen gibt es in Westdeutschland durch die Tatenlosigkeit der Regie-

rung zur Zeit 500 000 arbeitslose Jugendliche; von den 700 000 Schulentlassenen können nur 300 000 in Lehrstellen vermittelt werden.

Das Deutschlandtreffen der 700 000 Jungen und Mädchen hat die Bereitschaft der deutschen Jugend zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens überwältigend zum Ausdruck gebracht und gezeigt, daß die Jugend die Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit der ganzen Hingabe und Leidenschaft ihrer Herzen bejaht. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik genießt das Vertrauen ihrer Jugend, und die deutsche Jugend hat das Vertrauen der friedliebenden Völker der ganzen Welt.

#### Entwicklung einer demokratischen Justiz

Auch auf dem Gebiete der Justiz sind im ersten Jahr des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik Erfolge zu verzeichnen. Der wesentlichste Erfolg ist darin zu erblicken, daß die Justiz durch ihre Rechtsprechung immer mehr das Vertrauen der breiten Masse gewonnen hat. Wesentlich zu diesem Erfolg haben die Justizveranstaltungen beigetragen, die durch ihre aufklärende und vorbeugende Wirkung zur Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit führten, die durch den in der Zeit vom 15. November 1949 bis zum 15. März 1950 erstmalig durchgeführten Justizwettbewerb in der Anwendung neuer demokratischer Arbeitsmethoden eine besondere Entwicklung erfuhr. Die allgemeine Kriminalität, die gegen Mitte des Jahres 1948 den Höchststand der Nachkriegszeit erreicht hatte, war bis zum 30. Juni 1950 um 47 % zurückgegangen. Diese Verringerung der Kriminalität ist zweifellos in erster Linie auf die fühlbare Verbesserung der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung zurückzuführen. Sie steht aber auch im ursächlichen Zusammenhang mit der verbesserten Tätigkeit der Staatsanwälte und Richter und ihrer engen Zusammenarbeit mit der deutschen Volkspolizei, den Volkskontrollausschüssen und den staatlichen Kontrollorganen. In der Bekämpfung der Buntmetalldiebstähle hat die demokratische Justiz bewiesen, daß sie imstande ist, schnell und energisch zuzupacken, besonders dann, wenn es gilt, einen Angriff der Feinde auf unsere Friedenswirtschaft mit der ganzen Schärfe des Gesetzes abzuschlagen. Es hat sich gezeigt, daß die Staatsanwälte und Richter in der Lage waren, die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge solcher Delikte richtig zu erkennen. Diese Feststellung ist von der Tätigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Kampf gegen Sabotage-, Agenten- und Spionage-Tätigkeit noch nicht zu trennen. Wenn sie die Maßnahmen durchführen, die in der Rundverfügung des Ministeriums der Justiz und der Generalstaatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. September 1950 auf gezeigt sind, so werden sie auch bei der Bekämpfung dieser Deliktgruppen die belehrende, schützende und abschreckende Funktion der demokratischen Justiz in vollem Umfange zur Entfaltung bringen, die vorhandenen Mängel auf diesem Gebiet abstellen und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Justiz weiter rechtfertigen.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Justiz und die Stärkung der demokratischen Gesetzlichkeit war das Gesetz über die Errichtung des Obersten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. Dezember 1949. Dieses Gesetz schuf die Voraussetzung dafür, daß eine einheitliche fortschrittliche Rechtsprechung in der Deutschen Demokratischen Republik sowie die Überwachung der Innehaltung und Durchführung der neuen demokratischen Gesetze in der ganzen Republik gewährleistet wurden. Das Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit und das Gesetz über den Erlaß von Sühnemaßnahmen und über die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemaliger Mitglieder und Angehörige der Nazi-partei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht vom 11. November 1949 hatten nicht nur eine große Bedeutung für die Entwicklung der Gesetzlichkeit in